

Die EU-Strategie für eine neue Welthandelsrunde

Die überraschende Zustimmung für die "Everything but Arms"-Markzugangsiniziativa zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer ist ein wichtiger Baustein der europäischen Strategie für die nächste Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO), die im November dieses Jahr in Katar stattfinden wird. Geht es nach dem Willen der EU-Kommission wird in dem Ölscheitum der Startschuss für eine umfassende neue Welthandelsrunde abgegeben. Bis dahin sind aber noch einige Hindernisse aus dem Weg zu räumen, wie u.a die reservierte bis ablehnende Haltung einiger Entwicklungsländer. Die Kommission versucht daher in die Rolle der Vermittlerin zwischen Erster und Dritter Welt zu schlüpfen und, mehr oder weniger überzeugend, Forderungen des Südens aufzugreifen.

Der plurilaterale Ansatz für Investitionen und Wettbewerb

Ausgeführt wird die strategische Orientierung der EU in einem Anfang des Jahres bekannt gewordenen Papier, das die Generaldirektion Handel für die interne Diskussion im 133er Ausschuss – dieser ist für die Koordination der europäischen Aussenhandelspolitik zuständig – anfertigte¹. Darin macht die Handelsdirektion als Kerndefizit des bisherigen Ansatzes die mangelnde Berücksichtigung der Interessen von Entwicklungsländern aus, ein Defizit, welches mittels erneuerter Strategie behoben werden soll, ohne die eigenen Forderungen aufgeben zu müssen. Zu letzteren zählt der Wunsch, die Themen Investitionen und Wettbewerb mit eigenen Abkommen in der WTO zu verankern. Da aber gerade dies von vielen Süd-Regierungen abgelehnt wird, schlägt die Generaldirektion einen plurilateralen Ansatz vor, welcher nur die interessierten Regierungen am Verhandlungstisch versammelt, das Ergebnis jedoch allen WTO-Mitgliedern zur Unterzeichnung anbietet. Laut Kommission käme dieser Ansatz den Interessen von Entwicklungsländern entgegen: *"They could participate in the negotiations and choose at the end of the process whether to join or not, based on their own assessment of the merits of the agreements (which they would have helped to design), and their own domestic absorption capacity"*.

Was rücksichtsvoll klingt, ist aber nicht unproblematisch. Denn in letzter Konsequenz unterminiert die Aushandlung plurilateraler Abkommen das Konsensprinzip der WTO, welches die Zustimmung sämtlicher Mitglieder zu Abkommen und Beschlüssen der Ministerkonferenzen verlangt. Faktisch würde aber ein Club der Industriestaaten mitsamt einiger wettbewerbsstärkerer Schwellenländer die angestrebten Investitions- und Wettbewerbsregeln aufstellen. Damit entstünde ein ähnlich exklusives Setting wie beim MAI, das seinerzeit im Rahmen der OECD verhandelt wurde. Hinzu kommt, dass es einen erheblichen Druck auf die nichtunterzeichnenden Staaten geben würde, den plurilateralen Abkommen später dennoch beizutreten, wovon auch die Kommission ausgeht: *"In the case of investment, countries will have an incentive to join an agreement, since to stay away would send a negative signal to foreign investors"*.

Die Strategie, plurilaterale Abkommen in der WTO zu verhandeln, ist dabei keineswegs neu. Als besonders erfolgreiche Beispiele gelten drei Anhänge zum Dienstleistungsabkommen

¹ European Commission, Directorate General for Trade: "State of Play and Strategy for the New WTO Round", Brüssel, 13. Dezember 2000, I.D.1/JC D(2000)

GATS (General Agreement on Trade in Services), die noch nach Abschluss der Uruguay-Runde in den Jahren 1996/97 angenommen wurden: das Informationstechnologie-, das Telekommunikations- und das Finanzdienstleistungsabkommen. Die beiden letztgenannten Abkommen wurden jeweils von mehr als 70 Staaten unterzeichnet.

Allerdings legen die Lobbyisten der Industrie wenig Begeisterung über die plurilaterale Strategie an den Tag. Beim Gespräch im Wirtschaftsministerium machte ein Vertreter des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI) klar, dass die Wirtschaft nicht bereit sei, weitere verhandlungstaktische Zugeständnisse hinzunehmen. Ziel müssten weltweit gültige Regeln für Handel und Investitionen auch in Entwicklungsländern sein. Wenn man diese im Rahmen der WTO nicht bekomme, würde die Industrie eben verstärkt auf die Aushandlung bilateraler und regionaler Freihandelsabkommen drängen.

Stillstand bei Umwelt und Sozialstandards

Getreu der Losung, alles zu unterlassen, was Süd-Regierungen unnötig verstimmen könnte, hält die Kommission bei umwelt- und sozialpolitischen Fragen im Wesentlichen an ihren Vor-Seattle-Positionen fest. Die Umweltagenda umfasst die Klärung des Verhältnisses multilateraler Umweltabkommen zum Handelsregime, der Zulässigkeit von Kennzeichnungssystemen und der Anwendung des Vorsorgeprinzips. Um allerdings dem gebetsmühlenartig vorgetragenen Protektionismusvorwurf den Wind aus den Segeln zu nehmen, versichert die Kommission, keinerlei Änderung an den WTO-Verträgen vornehmen zu wollen. Mit derselben Motivation will sie das Verhältnis von Handel und Sozialstandards gänzlich aus der WTO heraushalten. Stattdessen solle ein über Kernarbeitsstandards hinausgehender Dialog über soziale Entwicklung *"outside a single undertaking, on its own timeframe, and in a multi-institutional setting involving all relevant international organisations"* stattfinden. Folglich würde das Thema nicht nur aus der WTO, sondern auch aus einer möglichen neuen Runde verbannt, um schließlich im inter-institutionellen Niemandsland zu versanden. Diese Position scheint mittlerweile den Konsens der europäischen Regierungen wiederzugeben. Auch die schwedische Ratspräsidentschaft, die noch Anfang Februar verkündete, sich für den Einschluss von Arbeitsrechten in eine neue Runde einzusetzen, ist offenbar auf die Kommissionslinie eingeschwenkt. Diese hat der EU-Kommissar für auswärtige Beziehungen, Chris Patten, bei einem Treffen mit Wirtschaftsvertretern in Indien mit größtmöglicher Klarheit zum Ausdruck gebracht, *"on labour standards let me be crystal clear. We do not envisage negotiating this in a new round."*

Everything but (F)arms?

Wider Erwarten konnte Handelskommissar Lamy die Everything but Arms-Initiative (EBA) zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer (LDCs) am 26.2.01 im Ministerrat durchboxen. Doch in ihrer nun verabschiedeten, verwässerten Fassung vermag diese Initiative nicht recht zu überzeugen. Vom 5. März dieses Jahres an wird den 48 LDCs zoll- und quotenfreier Zugang auf den europäischen Markt für sämtliche Produkte mit Ausnahme von Waffen gewährt. Ausgenommen sind ferner Bananen, Reis und Zucker, die erst in einem Übergangszeitraum

bis 2006 (Bananen) bzw. 2009 (Reis, Zucker) freien Zugang erhalten, bis dahin werden lediglich mengenbegrenzte Quoten angeboten. Da nach einer von Oxfam in Auftrag gegebenen Studie ohnehin kaum mehr als 11 Produkte durch EBA betroffen sein werden, zu deren wichtigsten wiederum jene drei Agrarprodukte gehören, ist eine kurzfristige Exportsteigerung der LDCs kaum zu erwarten. Hinzu kommt, dass sich die EU mittels einer Sicherheitsklausel die jederzeitige Rücknahme der Vergünstigungen vorbehält, sobald es zu erhöhter Ausfuhr einzelner Länder kommt. Zusätzlich verschärft sie noch ihre strikten Herkunftsregeln, welche detaillierte Vorgaben über die in den Exportländern zu erbringenden Wertschöpfungsanteile machen.

Ob die EU hiermit überzeugende Signale an den Süden aussenden konnte, bleibt also mehr als fraglich. Ebenso ist derzeit noch ungewiss, wie sich die US-Regierung zu einer neuen Liberalisierungsrunde verhalten wird. Aber auch soziale Bewegungen, Gewerkschaften und NRO können ihren Teil dazu beitragen, dass das Kalkül der Kommission und anderer "Friends of the Round" nicht aufgehen wird.

Thomas Fritz, BLUE 21 e.V.

(Dieser Artikel erschien leicht modifiziert in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, 3-4, 2001)